

An Frau Botschafterin
Dr. Desiree Schweitzer
Bundesministerium für Europa,
Internationales und Äußeres
Minoritenplatz 8, 1010 Wien
Per Email

Wien, am 12. März 2021

Betrifft: Inputs zum OEZA Dreijahresprogrammes 2022 -2024

Sehr geehrte Frau Botschafterin Dr. Schweitzer!
Liebe Désirée,

Die GLOBALE VERANTWORTUNG - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre freut sich auf den Prozess zur Erstellung des Dreijahresprogrammes der OEZA 2022 – 2024 (3JP). Einerseits, weil es ein wesentliches Grundlagendokument für die Österreichische Entwicklungspolitik und ihren Instrumenten ist, und andererseits, weil es laut Regierungsprogramm zu einer Gesamtstrategie für eine kohärente und gesamtstaatliche Entwicklungspolitik weiterentwickelt werden soll. Wir gehen davon aus, dass COVID-19 und die Folgen der Lockdowns in Ländern des Globalen Südens entwicklungspolitische Maßnahmen noch länger beeinflussen werden – und damit auch Österreichs Entwicklungspolitik, was sich – so nehmen wir an – auch im 3JP 2022 – 2024 niederschlagen wird. Auch die Empfehlungen des *OECD DAC Peer Reviews* von 2020 werden das 3JP beeinflussen und sich darin niederschlagen.

Wir haben den partizipativen Prozess bei der Erstellung des geltenden Dreijahresprogrammes (2019-2021) sehr geschätzt und unsere Expertise in die Arbeitsgruppen eingebracht. Zugegeben, ein umfangreicher Prozess, der allerdings durch die intensiven Diskussionen mit anderen Stakeholdern zu mehr Verständnis und „ownership“ beigetragen hat.

Im Vorfeld der Erarbeitung möchten wir einige **ausgewählte** Empfehlungen mit Ihnen teilen, die wir im Rahmen des Konsultationsprozesses zum OEZA Dreijahresprogramm 2022 -2024 einbringen wollen – wir freuen uns auf Prozess und Diskussion dazu sowie auf Information darüber, wie der Prozess gestaltet wird.

Für etwaige Fragen stehe ich gerne jederzeit persönlich zur Verfügung.

Mit lieben Grüßen,



Mag.a Annelies Vilim
Geschäftsführerin, AG Globale Verantwortung

Anhang: Empfehlungen | Inputs für das OEZA Dreijahresprogramm 2022 – 2024



Empfehlungen | Inputs für das OEZA Dreijahresprogramm 2022 - 2024

1. **Neue Herausforderungen durch COVID-19 Pandemie und Lockdowns für die Entwicklungspolitik und ihre Instrumente** (i.e. Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Bildung).
 - Die COVID-19 Pandemie stellt viele Länder des Globalen Südens an sich bereits vor große Herausforderungen. Ihre Bekämpfung, Eindämmung und die Lockdowns führen zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen **in Ländern des Globalen Südens**, denen es sowohl an Infrastruktur als auch an Finanzmitteln fehlt, diese abzumildern. Für viele Länder verstärken sich dadurch Herausforderungen, mit denen sie bereits durch die Auswirkungen der Klimakatastrophe konfrontiert sind. UN und andere Institutionen prognostizieren zudem einen vehementen Anstieg von **Armut und Hunger**. Mit dem 3JP 2022 – 2024 bietet sich daher die Möglichkeit, Maßnahmen zu definieren, um auf die **steigende Armut, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten**, wirtschaftliche und soziale Folgen - vor allem für die am meisten von Armut und **Ernährungsunsicherheit** betroffenen Menschen - zu reagieren. Die meisten davon sind Mädchen, (alleinerziehende) Frauen, alte Menschen, Menschen mit physischen und psychischen Behinderungen und marginalisierte Personen (MigrantInnen, Flüchtlinge, obdachlose Menschen etc.).
 - Programme und Maßnahmen, die darauf abzielen, einerseits die **Pandemie zu bekämpfen** und **Konsequenzen zu mildern** sowie andererseits **Gesellschaft und Wirtschaft vor Ort zu stabilisieren** und gleichzeitig wieder **Lebensperspektiven zu schaffen**, sollten daher prioritär sein und ausgebaut werden. Dazu zählen u.a.:
 - Medizinische Hilfe, Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Hygieneprodukten und Schutzartikel, Aufklärung und Schutzmaßnahmen
 - Stabilisierung von Versorgung und Gesundheitssystemen, Unterstützung von Familien, Alternativen zum Präsenzunterricht, Gewaltprävention und Wahrung von Menschenrechten
 - Langfristige Programme zur Armutsbekämpfung und Aufbau einer nachhaltigen, inklusiven Wirtschaft
 - Nachhaltiger Ausbau von Gesundheitssystemen vor Ort, Förderung von Ernährungssicherheit, Förderung kleinbäuerlicher und nachhaltiger Landwirtschaft, Stabilisierung von KMUs und Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung des Lebensunterhalts (z.B. durch Kleinkredite), Unterstützung lokaler Partnerorganisationen sowie Förderung der Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit
 - Förderung der Resilienz, damit Menschen und Wirtschaft mit kommenden Krisen besser umgehen können,
 - Förderung von Bildung und Ausbildung insbesondere für Jugendliche und Frauen



2. 3JP stärker an Agenda 2030 und 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung binden

Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung Leitlinie der OEZA sein wird - insbesondere der von der Regierung im Juli 2020 präsentierte Freiwillige Nationale Umsetzungsbericht Österreichs (FNU).

- **Umsetzung der Massnahmen aus dem FNU: Das Ausblickkapitel des ersten Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht (FNU/VNR) zur Umsetzung der Agenda 2030**, inkludiert wichtige Schritte, um eine systematischere und strategischere Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich zu ermöglichen. Diese inkludieren u.a. eine stärkere Steuerung des Umsetzungsprozesses, eine institutionalisierte Einbindung aller Stakeholder, insbesondere der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Unternehmen, sowie eine stärkere Einbindung des Parlaments in den Umsetzungsprozess. Ein Bericht der Regierung alle zwei Jahre über den Stand der Umsetzung, Erfolge und Herausforderungen, wäre sicherlich sinnvoll. SDG-Checks - also Gesetze, geplante Politiken und Maßnahmen darauf zu prüfen, ob sie die Ziele der Agenda 2030 fördern, wären ebenso hilfreich, um zu garantieren, dass Österreich bei der Umsetzung der Agenda 2030 Fortschritte macht. Dies ist auch im Zusammenhang mit Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) ein zentraler Punkt, um eine gesamtstaatliche Umsetzung der Agenda 2030 zu garantieren und negative Auswirkungen auf die Umsetzung der SDGs zu verhindern. Daher schlagen wir vor, diese Punkte in das Dreijahresprogramm zu integrieren und zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, damit die 17 Ziele in Österreich bis 2030 erfolgreich erreicht werden können.

3. Gesamtstaatlichkeit des 3 JP 2022 – 2024 erhöhen

Damit die OEZA möglichst große Wirkung erzielen kann, ist es wichtig, eine ressortübergreifende gemeinsame Vision für Österreichs Entwicklungspolitik, klare Prioritäten, konkrete Ziele, aufeinander abgestimmte definierte Zuständigkeiten, Zeitpläne und entsprechend zugeordnete Budgets zu entwickeln. Die Gesamtstaatlichkeit zu erhöhen, wäre im Sinn des Regierungsprogramms aber auch im Sinn der wiederholten Empfehlungen des OECD DAC in seinen Peer Reviews.

- **Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD):** Die Agenda 2030 und die nachhaltigen Entwicklungsziele können nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn andere Politikbereiche (z.B. Agrar-, Steuer- oder Rohstoffpolitik)¹ die Ziele der Entwicklungspolitik unterstützen und nicht behindern – wenn also Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) tatsächlich umgesetzt wird. PCSD gewinnt gerade angesichts der Folgen der COVID-19 Pandemie an Bedeutung, denn politische Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie (wie auch der Aufbau- und Resilienzplan

¹ Siehe Fallbeispiele der AG Globale Verantwortung: <https://www.globaleverantwortung.at/rohstoff-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-der-wettbewerb-um-mineralische-rohstoffe>, <https://www.globaleverantwortung.at/steuer-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch-steuergerechtigkeit-und-die-rolle-globaler-konzerne>, <https://www.globaleverantwortung.at/die-unfaire-milch-agrar-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch>



Österreichs und der EU) sollten Auswirkungen auf die Umsetzung der Agenda 2030 und der nachhaltigen Entwicklungsziele berücksichtigen.

- Daher ist es zentral, einerseits die **Aktivitäten jener öffentlichen AkteurInnen, die die ODA Österreichs umsetzen**, mittels konkreter Maßnahmen im Rahmen des 3JP aufeinander abzustimmen und abzubilden². Andererseits ist es zentral im 3JP Maßnahmen zu definieren, die es ermöglichen, andere Politikbereiche auf die Ziele der Entwicklungspolitik abzustimmen.
- **Kohärenz des Dreijahresprogrammes und der Strategien der Österreichischen Entwicklungsbank (OeEB) sowie für internationale Finanzinstitutionen (IFIs)**: Im Moment haben die OeEB und IFIs ihre eigenen Strategien (Strategie der OeEB, Strategischer Leitfaden für die IFIs), die sich jedoch nicht vorrangig nach dem 3JP richten. Wir empfehlen, die leitenden Grundsätze des 3JP auf **alle zentralen AkteurInnen** auszuweiten (beispielsweise sollte der Menschenrechtsansatz auch für IFI- und OeEB Strategien als leitende Grundsätze gelten, aber eben nicht nur dort). Vorläufig sollten das 3JP, die OeEB-Strategie und die IFI-Strategie des BMF gemeinsam oder zumindest zeitgleich, in enger Abstimmung verhandelt werden und dieselbe Geltungsdauer haben. Dies würde Kohärenz und Gesamtstaatlichkeit erhöhen. Eine Harmonisierung der Geltungsdauer wurde bereits im aktuellen 3JP als erstrebenswert erwähnt und sollte mit dem 3JP 2022 – 2024 umgesetzt werden.

4. Menschenrechte & Menschenrechtsansatz im 3JP

Der Menschenrechtsansatz (MRA) sollte wie im aktuellen Dreijahresprogramm als leitender Grundsatz weitergeführt werden. Der darin enthaltene Fokus auf Rechte von Frauen, Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen und besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen ebenso.

- Wir regen an, den MRA in neuen 3JP in allen thematischen Schwerpunkten stärker durch **konkrete Maßnahmen und Erfolgsindikatoren zu operationalisieren**, damit seine Umsetzung überprüft und sichtbar gemacht werden kann.
- Wir regen an, das Monitoring der Umsetzung des MRA zu beschreiben und wie die Ergebnisse der **Evaluierung** des MRA in der OEZA im Zeitraum 2016 bis 2020 in das neue 3JP einfließen.
- Wir regen an, **Rechte von Menschen mit Behinderungen** in verpflichtenden *Human Rights Impact Assessments* zu berücksichtigen und über einen *Twin-Track Approach* der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.
- *Das Manual Environmental, Gender and Social Impact Management* und die **Environmental, Gender and Social Standards Checklist** der ADA sind unserer Ansicht nach wichtige Instrumente, um die Umsetzung des MRA in geförderten Projekten und Programmen zu gewährleisten. Die ADA sollte sicherstellen, dass sie **bei allen geförderten PartnerInnen**, insbesondere auch bei Unternehmen, Anwendung finden.

² Beispielsweise könnte der **Multi-Stakeholder-Dialog Tax for Development** wiederbelebt werden. Die im aktuellen Dreijahresprogramm erwähnte „Unterstützung für Kapazitätsentwicklung und Stärkung der Steuersysteme der Partnerländer im Sinne einer *domestic resource mobilisation*“ sollte fortgeführt und durch Maßnahmen und Indikatoren konkretisiert werden



- Wir regen an, die Empfehlungen des *UN-Ausschusses über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte* von 2013 in das 3JP aufzunehmen³. Darüber hinaus sollten sie von allen AkteurInnen der OEZA berücksichtigt werden.

5. Gendermainstreaming und Women's and girls' Empowerment:

Wir erachten es als wichtig, den von der Bundesregierung beschlossenen Schwerpunkt auf Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderungen aus dem laufenden Dreijahresprogramm fortzuführen, jedoch wäre es wichtig nicht nur Programme und Projekte weiterzuführen, sondern auch **die finanziellen Mittel dafür zu erhöhen**⁴. Frauen und Mädchen sind weltweit von den Auswirkungen der COVID-19 Pandemie besonders hart betroffen, beispielsweise stiegen häusliche und sexuelle Gewalt, die Lockdowns verringerten Einkommen und Zugang zu Bildung, Armut und Hunger steigen bei Frauen überproportional.

6. Migrationspolitik und Entwicklungspolitik

Das Ziel der Entwicklungspolitik ist, Armut zu bekämpfen und ein gutes Leben für alle im Sinn der Agenda 2030 und den darin enthaltenen Zielen für Nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die im Text des laufenden 3JP bestehenden Konditionalitäten (wie z.B. dass entwicklungspolitische Maßnahmen „...eine effektive Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit von Partnerländern bei der Erfüllung ihrer Rücknahmeverpflichtung stützen“) entsprechen nicht der gesetzlich festgelegten Aufgabe der Entwicklungspolitik. Daher schlagen wir vor, diese Konditionalitäten aufzuheben.

7. Finanzierung

- **Umsetzung des international vereinbarten 0,7% Ziels:**
 - Im laufenden 3JP ist das Bekenntnis zur Erreichung der internationalen Zusage, 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, gemeinsam mit dem Mission Statement in einen Annex am Ende des Dokuments verschwunden ist. **Das halten wir für bedauerlich.**
 - **Wir regen an, das Bekenntnis zu Umsetzung des 0,7% Ziels im neuen 3JP wieder prominent zu platzieren** sowie einen Stufenplan zur Erreichung des 0,7% Ziels zu erstellen. Ein solcher wäre wichtig, damit Österreich seine eingegangene internationale Verpflichtung endlich erfüllt (siehe Regierungsprogramm und Empfehlungen des OECD DAC Peer Reviews).
 - **Aufgrund der neuen Herausforderungen durch COVID-19 und der Lockdowns (siehe Punkt 1)** regen wir an, **neue Budgetlinien in der ADA einzurichten und zwar für Programme und**

³ Concluding observations on the fourth periodic report of Austria (E/C.12/AUT/CO/4), Para 11: The Committee calls upon the State party to adopt a human rights-based approach to its policies on official development assistance and on agriculture and trade, by: (a) Undertaking a systematic and independent human rights impact assessment prior to making funding decisions; (b) Establishing an effective monitoring mechanism to regularly assess the human rights impact of its policies and projects in the receiving countries and to take remedial measures; and (c) Ensuring that there is an accessible complaint mechanism if violations of economic, social and cultural rights occur in the receiving countries, <https://www.refworld.org/docid/52d3df864.html>

⁴ Siehe auch entsprechende Empfehlung von Malta beim UPR: „Continue efforts to substantially increase the ODA funding for gender equality programmes“,



Maßnahmen für: (a) Resilienz, (b) Katastrophenvorsorge, (c) Stabilisierung von Gesellschaft und nachhaltiger klimaneutraler Wirtschaft (Fokus Afrika/Frauen) und (d) Ausbildung (Fokus Afrika/Frauen).

- **Erhöhung der Mittel für LDCs:** Um besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen und um *niemanden zurückzulassen*, regen wir an, den Anteil der ODA-Mittel, der an die ärmsten Länder der Welt (*Least Developed Countries, LDCs*) geht zu steigern.
- **(Mittelfristige) Erhöhung der Humanitären Hilfe:** Wir schlagen vor, die Humanitäre Hilfe auf das Niveau skandinavischer Staaten anzuheben, damit auf akute Krisen sowie auf langanhaltende Krisen reagiert werden kann.
- **Weitere Erhöhung der Mittel der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und Bildung,** um Bewusstsein über globale Zusammenhänge, die Agenda 2030 und erreichte Erfolge zu fördern.
- Wir regen an, **Prioritäten, Themen und Regionen im 3JP mit Finanzmittel zu verbinden** bzw. zu verknüpfen, um den strategischen Charakter des 3JP, Planbarkeit und Sichtbarkeit zu erhöhen.

8. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Bildung stärken

Sowohl Regierungsprogramm als auch FNU betonen die Aufwertung und Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und Bildung. Wir regen daher an, die Aufwertung im 3JP 2022-2024 sichtbar zu machen und entsprechend mit Maßnahmen zu operationalisieren. Gerne bringen wir dazu Vorschläge.

9. Zusammenarbeit mit dem Privatsektor

- Wir schlagen vor, den **finanziellen und entwicklungspolitischen Mehrwert** („Additionalität“) bei Mischfinanzierungen aus öffentlichen und privaten Mitteln durch vorab Analysen des Nutzens und der Risiken **zu überprüfen**.
- Angepasst an die Bedürfnisse des Partnerlandes und des betreffenden Sektors sollten Maßnahmen zuerst lokale und regionale Märkte und Wertschöpfungsketten stärken und darauf achten, lokale Unternehmen nicht zu verdrängen⁵.
- Wie im aktuellen Dreijahresprogramm sollte bei der Zusammenarbeit mit Unternehmen deren Verantwortung für die **„Einhaltung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards, insbesondere auch in transnationalen Liefer- und Wertschöpfungsketten“** betont werden. Zusätzlich zur Orientierung an den freiwilligen Leitsätzen von UN und OECD für Unternehmen sollte im neuen Dreijahresprogramm ein Bekenntnis zur Unterstützung der aktuellen Arbeit an **verbindlichen Regeln auf UN- und EU-Ebene aufgenommen werden**⁶. Denn freiwillige Maßnahmen haben sich als nicht

⁵ Die Bindung von öffentlichen Mitteln an die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus österreichischen Unternehmen („tied aid“) schafft Abhängigkeiten, kann der Unternehmensentwicklung in Partnerländern entgegenstehen und birgt das Risiko der Verschuldung. Sie sollte daher beendet werden.

⁶ In der EU starteten die Verhandlungen über eine Rechtsvorschrift über Sorgfaltspflichten von Unternehmen in ihren Lieferketten.



ausreichend erwiesen, um sicherzustellen, dass Unternehmen auch in ihren Lieferketten Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards einhalten⁷.

10. Einbindung der Zivilgesellschaft in Österreich und in Partnerländern

Durch ihr langjähriges Engagement in Partnerländern sind unsere Mitgliedsorganisationen mit lokalen Begebenheiten bestens vertraut. Sie verfügen über ein breites Netzwerk vor Ort und können so als Brückenbauer zur lokalen Bevölkerung, lokalen Regierungen und anderen zivilen Organisationen fungieren. Über ihre Partnerorganisationen vor Ort erreichen österreichische NRO auch Menschen in abgelegenen Regionen oder besonders vulnerable Gruppen, wie Schutzsuchende, Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen. Wir erachten daher die Partizipation und Einbindung sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, in Österreich sowie direkt in Partnerländern, als zentral. Wir schlagen vor, gezielte Maßnahmen im 3JP zu setzen, um die Zivilgesellschaft und deren *civic space* zu fördern, auszubauen und sicherzustellen. Besonders in Partnerländern ist die Zivilgesellschaft oft politisch sowie sozial eingeschränkt – diese wären aber besonders bei der Einbindung in die Lösung von akuten sowie strukturellen Problematiken relevante Stakeholder.

11. Humanitäre Hilfe & 3JP

Die zurzeit in Erarbeitung befindliche Strategie Österreichs für Humanitäre Hilfe sollte mit dem 3JP abgestimmt sein.

- **Verbesserung der Planbarkeit Österreichs Humanitärer Hilfe:** Die Realität Humanitärer Hilfe zeigt, dass Krisen – beispielsweise Kriege immer länger dauern – daher ist uns die Planbarkeit Humanitärer Hilfe seit langem ein großes Anliegen, auch um die Humanitäre Hilfe Österreichs zu optimieren. Wir erachten es daher als zentral dem Umstand langanhaltender Krisen gerecht zu werden und mindestens 50% maximal 80% des AKF für langanhaltende Krisen jeweils zu Beginn eines Jahres festzulegen.

12. Nexus EZA – Humanitäre Hilfe sowie Triple Nexus – EZA | Humanitäre Hilfe | Frieden

- Da Programme und Projekte zu Nexus EZA | Humanitäre Hilfe sowie Triple Nexus EZA | Humanitäre Hilfe | Frieden zunehmen, wäre es wichtig im Dreijahresprogramm die betroffenen Bereiche, Perspektiven sowie Ziele klar zu definieren. Der *needs-based approach* sollte dabei ebenso im Vordergrund stehen wie die Einhaltung humanitärer Prinzipien, des *International Human Rights Law (IHRL)* und des *International Humanitarian Law (IHL)*.
- Wir regen an, ein gemeinsames, realistisches Verständnis und eine Definition der Friedensdimension zu entwickeln, die mit den AkteurInnen abgestimmt ist und im 3JP zu skizzieren. Es sollte die Zusammenarbeit der *communities* vor Ort in Partnerländern in den Bereichen Konfliktlösung, Versöhnung,

⁷ Österreich hat bei der dritten Universellen Menschenrechtsprüfung im Januar 2021 Empfehlungen erhalten, einen Aktionsplan über Wirtschaft und Menschenrechte zu erstellen sowie Gesetze zu erlassen, die die internationalen Aktivitäten von Unternehmen und ihre Auswirkungen auf Menschenrechte regulieren. Im Dreijahresprogramm sollte darauf reagiert werden.



Aufbau des sozialen Zusammenhalts oder Friedenskonsolidierung auf Gemeinschaftsebene umfassen, zu denen NROs beitragen können.

Weitere Empfehlungen und Konkretisierungen bringen wir selbstverständlich im Rahmen des Prozesses zur Erstellung des Dreijahresprogramms der OEZA 2022 – 2024 ein. Wir freuen uns auf die Vorschläge zur Umsetzung des OECD DAC Peer Reviews im Rahmen des 3JP.